



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0083/2019

Vorlage: ST/0076/2019		Datum: 19.08.2019	
Oberbürgermeister			
Verfasser:	36-Umweltamt	Az.:	
Betreff:			
Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen GRÜNE, SPD und Linke: Ausrufung des Klimanotstandes für Koblenz			
Gremienweg:			
29.08.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE abgesetzt geändert

Stellungnahme:

Klimaschutz ist eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit – vielleicht aktuell die wichtigste. Deshalb haben Stadtrat und Verwaltung auch ein Klimaschutzkonzept verabschiedet und die Stadt ist von Beginn an Mitglied im Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder / Alianza del Clima e.V." (ein 1990 gegründetes Netzwerk von Städten, Gemeinden und Landkreisen, welche sich verpflichtet haben, das Weltklima zu schützen). Und zuletzt haben die Entscheidungen zum ÖPNV gezeigt, dass Rat und Verwaltung willens sind, eine Verkehrswende in Koblenz in Angriff zu nehmen.

In diesem Sinne hat sich die Stadt Koblenz auch am 28. März 2019 zu den Zielen des Klimaschutzabkommens von Paris bekannt.

Die Stadt Koblenz begreift den Klimaschutz als Querschnittsaufgabe und ist bestrebt, entsprechende Strukturen zu schaffen, um diesen zielgerichtet, effektiv und nachhaltig umzusetzen.

So teilt die Verwaltung die Auffassung der Antragsteller, dass die Stadt ihre grundsätzliche Haltung sowie ihre konkreten Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Klimaanpassung weiterentwickeln und verstärken muss

Auf dieser Grundlage wird die Verwaltung für die nächste Ratssitzung am 26. September eine Beschlussvorlage erarbeiten, welche konkrete Vorgehensweisen, Strukturen, Maßnahmen, sowie Klimacheck-Dokumentationen (Auswirkungen auf das Klima, Alternativen, Kompensationsmöglichkeiten) und ein Controlling und Berichtswesen vorschlägt. Dabei wird die Vorlage auch alle in dem Antrag genannten Punkte aufnehmen und Möglichkeiten der Umsetzung darlegen.

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat ist damit einverstanden, dass aufgrund der Komplexität und grundsätzlich umfassenden Intention des Antrags eine ausführliche Stellungnahme und eine entsprechende Beschlussfassung erst in der nächsten Ratssitzung am 26. September erfolgt.

